

Bezugsgebühr:

Periodisch für Dresden bei täglich
wechseler Zeitung durch andere
Zeiten abwechselnd und ausgetauscht, am
Samstag und Sonntag nur einmal
am Tag, so daß, durch ausdrückliche Son-
ntagszeitung, so ist, so ist, so ist.
Bei einschlägiger Zeitung durch die
Zeitung, ohne Zeitung, im Aus-
land mit entsprechendem Zeitung.
Ausdruck nur Artikel u. Original-
Mitteilungen nur mit deutlicher
Quellenangabe (Dresden, Stadt.)
würde. Nachdrucke oder ver-
änderte Rechtschreibungen
bleiben unverändert; unver-
änderte Rechtschreibungen werden
nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Attrappen
Knaubonbons | KOTILLON | Luxus-
21 Am See | Oscar Fischer | Kartonagen
Am See 21

Anzeigen-Carif.

Abnahme von Anfragen
bis mindestens 3 Uhr. Sonn- und
Feiertag nur Warenkarte 30 von
11 bis 14 Uhr. Die tägliche Ausgabe
ist von 8 Silber 20 Pf. An-
tagen am Tag der Wochenzahl
so Pf., die zweite Seite auf Text-
seite so Pf., als Einzelblatt 60 Pf.
An den Nummern nach Sonn-
und Feiertagen 100 Pf. Einzelblatt
so Pf., auf Textseite 40 Pf.,
zweite Seite auf Textseite und als
Einzelblatt 60 Pf. Absonderige Aus-
gaben nur gegen Beauftragung.
Belegblätter folgen 20 Pfennig.

Redakteur: Mr. 11 und 2006.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Kunst-Salon von
Prager Strasse Emil Richter
Geschäftsstelle der
Vereinigung der Kunstfreunde.

Raucht PATENT STRICKWUNDSTÜCK CIGARETTE von
Egyptian Cigarette Company 3 Pfg.
an
Cairo. - Berlin W. 64. - Frankfurt a. M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber,
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Die „Dresdner Nachrichten“ in
Meissen täglich 2 mal
links und
rechts
der Elbe
morgens und abends
durch Kobisch's Buchhandlung
(Curt Knobbe), Meissen, Elbstrasse No. 15.

Fabrik feiner Lederwaren.

Weltgehendste Auswahl in
Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.

Reise-Artikel.

Adolf Näter

Größtes und vornehmstes
Lederwaren-Spezial-Geschäft
26 Prager Strasse 26.

Nr. 49. Spiegel: Chemnitzer Reichstagswahl. Holznachrichten. Lebtermangel. Vandalismusverhandl. Konflikt in Ungarn. Matrosen-Konferenz. Handelstag. Der Freisitz. Lieberabend. Treu über Meister. Mild, bedeckt. Dienstag, 20. Februar 1906.

Lehren aus der Chemnitzer Reichstagswahl.

Wenn man das Gesamtbild der Chemnitzer Wahl noch einmal einer näheren Prüfung unterzieht, so zeigt sich, daß ihr Verlauf nicht ohne wichtige Lehren für die bürgerlichen Parteien und für die Regierung geblieben ist. Die Sozialdemokratie hat zwar äußerlich gesiegt, aber innerlich hat sie eine empfindliche Niederlage durch den Rückgang von etwa 2700 Stimmen erlitten, die um so mehr ins Gewicht fällt, als die Zahl der Wahlberechtigten seit 1903 um rund 4000 zugenommen hat und die Sozialdemokratie im Vergleich zu den Kompromissparteien ganz unvergleichlich reicher in der Wahlgitation gewesen ist. Die Gründe für diese Ercheinung werden natürlich sehr verschieden beurteilt, aber so viel steht fest, daß auch die sozialdemokratische Presse trotz aller journalistischer Klöpfchenreihen nicht an der ungemeinen Tatsache vorbei kann, ein Absinken ihrer Werksamkeit in der Chemnitzer Wählerschaft zugeben zu müssen. Wenn sie sich dabei mit dem Trost absindet, die Partei habe, was sie an äußerem Umfang eingebracht, an ihrer innerlichen Festigung gewonnen, so kann man ihr diesen eigentümlichen Trost zugönne... Wie war es doch früher so anders, als man anstößlich der Reichstagswahlen im Jahre 1903 nicht so fein säuberlich die Spreu von dem Weizen schied, sondern Gerechte und Ungerechte in den großen Haufen der Dreimillionenjäger triumphierten mit einem! Und — was die Hauptfase ist — das Resultat der Chemnitzer Wahl steht nicht allein, sondern ist nur ein Bild in der großen Reihe von Misserfolgen und Rückschlägen, die die Partei des Umsturzes in den Groß- und Nachwahlen seit 1903 erlitten hat. Die Großsprecherinnen und ausköhlenden Inflationsfinanzierungen der Sozialdemokratie wollen je länger, je mehr nicht recht ziehen und vor allen Dingen werden die früheren Mittäufser deshalb stutzig, weil sie allmählich einzusehen beginnen, wohn die revolutionären Bestrebungen der Umsturzpartei abzielen. Eine Chemnitzer Schrift an den „Vorwärts“ sagt in dieser Beziehung ganz offen: Die Sozialdemokratie würden sich leicht läudchen, wenn sie die Augen vor der Tatsache verschließen wollten, „daß solche bürgerliche Schichten, die bisher mit der Sozialdemokratie verbunden waren, durch revolutionäre Demonstrationen abgeschrägt worden sind“. Das ist ein wertvolles Ergebnis! Die bürgerlichen Parteien und die Regierungen können daraus lernen, daß es gar nicht so schwer ist, den Sozialdemokraten ihre Hunderttausende von Mittäuffern aus dem bürgerlichen Lager abspalten zu machen, wenn beide einheitlich und mit ehrner Konsequenz jederzeit die Sozialdemokratie zu kennzeichnen und behandeln, wie sie als revolutionäre Partei verdient. Wird die Partei des Umsturzes fortanernd in diesem Sinne angefocht, so werden ihre Mittäufser auch aus dem Arbeitervolker immer weniger werden, denn auch in einem großen Teil der Arbeiterschaft steht noch ein gefunder, monarchischer und staatsfeindlicher Kern.

Leider ist in dieser Hinsicht seit langen Jahren, bis in die jüngste Zeit hinein, manch gräßlicher Fehler gemacht und dadurch eine bedeckende Konfusion in den Köpfen der Massen angerichtet worden. Wenn man sogar ganz von den Katholikosocialistischen absieht, die vor unter wissenschaftlichen Bäumen den revolutionären Kern und Endziel der Sozialdemokratie nicht sahen oder manchmal auch nicht sehen wollten, so bleiben noch immer genug unerhebliche Ercheinungen übrig, die den vogtläufig weniger geschulten und scharfsinnigen Mann auf Irrewege führen möchten. Wenn er los, was in bürgerlichen Blättern die Mauserungslösionen mit einem durch feinerlei Sachkenntnis getrübten Enthusiasmus schrieben, wenn er hörte, daß sogar regierungssseitig die Sozialdemokratie einmal im Reichstag als „Arbeiterpartei“ bezeichnet wurde, wenn er es erlebte, daß in einzelnen deutschen Bundesstaaten die bürgerlichen Parteien — Zentrum, Nationalliberale und besonders Kreislinige — Wahlbündnisse mit den „Genossen“ schlossen — mußte er ja mit Naturnotwendigkeit stutzig werden und glauben, daß die Begründung zur Sozialdemokratie oder das bloße Eintreten für sie mit dem Stimmzettel in der Hand nicht so schlimm sei. Was Wunder, wenn angefachtes dessen die Mittäuferschaft der Sozialdemokratie im letzten Jahrzehnt ins Ungemessene gewachsen ist. Sie wieder den bürgerlichen Kreisen zuzuführen, muß die ernsteste Aufgabe aller tätigen Politiker sein, an welchem Platz sie auch stehen mögen: kein Partizipieren mit der Sozialdemokratie, wo und wie es auch immer sei, sondern Bekämpfung bis zum äußersten, kein Verwischen der Gegenseite, sondern reinliche Scheidung zwischen allen bürgerlichen Parteien und der revolutionären Partei, die unter dem scheinheiligen Vorwande der Vertretung von Arbeitervorteilen lediglich nach der politischen Diktatur strebt und diese mit den verwirrlichsten und staatsstürzenden Mitteln zu erreichen sucht. Es gibt ein altes Wort: „Wer vom Papste ist, stirbt daran“. Mutatis mutandis kann man es auf jeden politischen Verfehlt bürgerlicher Parteien mit der Sozialdemokratie anwenden, den der Reichslandziger jüngst im preußischen Herrenhauses mit Recht als „unnatürlich“ bezeichnet hat. Wie bald sich ein solch unnatürlicher Verfehlt rächt, haben die Nationalallib-

ralen in Baden erfahren. Ein Artikel des national-liberalen „Mannheimer Generalanzeigers“ wendet sich mit geradezu niederschmetternden Worten gegen das Bündnis mit den Sozialdemokraten. Er knüpft an die ungünstigen Verhältnisse der Nachwahlen an, die er als „schwarze Niederlage“ des sozialdemokratisch-liberalen Blocks bezeichnet und zum Teil der „politischen Unvollständigkeit der Sozialdemokratie“ zurückführt. Der Artikel spricht weiter von dem „verschärften Kurren“ der Blockpolitik, geht unerbittlich mit den „politischen Träumern“ ins Gericht, die die Sozialdemokratie als auf dem Boden der drittlichen Weltschauung und unerster seines Staatsordnung stehend wöhnen, und kommt schließlich zu folgenden Sätzen: „Wenn bei dem heiterzeitigen Abschluß des Stichwahlabschlusses manche politischen Ideologien von der Bildung einer neuen Linke mit Einschluß der Sozialdemokratie träumten, die den Kampf gegen die kulturelle und politische Reaktion gemeinsam führen werde, so haben die Nachwahlen in Bonndorf und Bruchsal durch diese Träumerrechnung einen großen Strich gemacht. Hoffentlich sieht der Liberalismus aus dem Wahlauftakt in Bonndorf und Bruchsal die einzige richtige Weise, sich vollständig auf eigene Füße zu stellen und nicht immer wie hänkelt auf die sozialdemokratischeburg um Hilfe zu schauen, sonst muß er sich darauf gefaßt machen, daß ihm Tausende seiner besten Anhänger, die von diesem Siegbürgern mit der Sozialdemokratie abgeschieden werden, einfach den Rücken kehren.“ Diese richtige Einsicht hätte man billiger schon vorher haben können, aber es gibt eben Menschen, die nicht anders und nicht eher als „durch Schaden“ fliegen werden.

Abgesehen von dieser unbedingt klaren und jedermann verständlichen Scheidung zwischen standhaftem Bürgeramt und der umstürzlerischen, antimonarchischen Sozialdemokratie, die notwendig ist, um den Mittäuffern die Augen zu öffnen und sie auf die bürgerliche Seite herüberzuziehen, gehört zur wirtschaftlichen Belämpfung der Sozialdemokratie weiter, daß jeder bürgerliche Wähler auch seiner Wahlplakette genügt. Wenn doch alle Mann in die Schranken treten müssen, wo es gilt, eine staatsfeindliche Partei zu bekämpfen, wird wohl nicht behritten werden können: wir haben in Deutschland zwar keine rechtschaffene, wohl aber eine moralische Wahlplakette! Beiderlicherweise ist das politische Gewissen weiter Kreise unseres Volkes noch immer nicht genug geschärft... Da sind die Siegesgewissen oder Hoffnunglosen, welche nur deshalb ihrer Wahlzahllheit fröhnen, weil sie sich und anderen vorreden, daß durch ihre Stimme am Wahlergebnis „doch nichts geändert“ würde... Da halten sich weiter die völkisch gleichgültigen oder unschlüssigen Bürger vom Wahlstaat fern, wodurch sie entweder zeigen, daß sie eins der höchsten Rechte des Bürgers nicht gebührend zu schätzen wissen oder aber nicht genug Wertschätzung besitzen, um sich im Streite des Wahlkampfes zu einem bestimmten Kandidaten hinzuschauen... Endlich gibt es — so unglaublich es auch klingen mag — tatsächlich Leute, die aus Mangel an politischem Ernst und platzmäßiger Energie den Wahlstaat deswegen fernbleiben, weil er ihnen „zu unbequem“ ist... Solange es solche Wahlzähler noch im bürgerlichen Lager gibt — leider zählen sie noch Hunderttausenden! — ist allerdings auf einen endgültigen Erfolg in der Belämpfung der Sozialdemokratie nicht zu rechnen: man kann wohl die Frage aufwirfen, wie der Ausgang der Chemnitzer Wahl gewesen wäre, wenn die dortigen 15 000 Wahlzähler ihrer moralischen Wahlplakette genügt hätten? Schon neulich ist an anderer Stelle darauf hingewiesen worden, daß die Sozialdemokraten bei den meisten Wahlen, dank ihres vorsätzlichen Agitations- und Schlepperthektes, auch den letzten Mann an die Wahlurne bringen; man dürfte deshalb kaum schließen, wenn man annimmt, daß von den 15 000 Wahlzählern die weitaus überwiegende Mehrzahl den bürgerlichen Parteien zu gute gekommen wäre, wodurch man die Möglichkeit einer Stichwahl bekommt hätte. Daher bishen mehr Dampf in die bürgerliche Agitation, die endlich von der bloßen Verteidigung zum geschlossenen Angriff übergehen sollte! Der Feind ist erkannt; die Feinde stehen gut, denn bei fast sämtlichen Wahlen in leichter Zeit haben die sozialdemokratischen Stimmen ab, die bürgerlichen dagegen angenommen. Da Chemnitz ist es der Sozialdemokratie für diesmal — höchstlich das letzte Mal — noch gelungen, sich zu behaupten, aber die Chancen für die bevorstehenden Nachwahlen in Kaiserslautern und Darmstadt lassen für die bürgerlichen Parteien das Beste hoffen, wenn sie brüderlich zu Schutz und Treu zusammenziehen, und schließlich stehen ja auch die Hauptwahlen für einen neuen Reichstag in längstens zwei Jahren bevor. Wer den Sieg haben will, muß beiseitzen revolutionären Versuchen, sie werden scheitern und zerstören an dem granitenen Helden der politischen Ideale des deutschen Bürgertums!

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Büro-Del.) Die Verhandlung des Staates des Reichstages des Innern wird beim Kapitel Reichsveterinierung mit fortgesetzt. Abg. v. St.richofen (Ant.) erklärt, um eine Regierung entgegenzutreten: Er ist nicht und, wie er sich überzeugt habe, ein großer Teil seiner Freunde seien nicht Anhänger, sondern Befürworter einer Aufhebung der kleinen Renten. Er selbst habe sich schon früher in der Breslauer Rentenversammlung ausdrücklich dafür gemacht, daß die bestehenden Rechte den Besitzern unter keinen Umständen geschmäler werden dürfen. Wer dann nachstündig nochmals den Rentenvertrag als holden zu agitatorischen Zwecken nachstellt, darf für die kleinen Renten abstimmen wollen, der sage bewußt die Unwahrheit. — Abg. v. Gerlach (frei. Ber.) wünscht Aufhebung der Einstellung der Rentenbeamten beim Reichs-Versicherungsamt und angemessene Beweidung der kleinen Renten. — Abg. Koerster (Soz.) wiederholt seine Beschwerde über die berufsgenossenschaftlichen Eigendienste. Die dort als Rentenversammlungen der Berufsgenossenschaften mitwirkenden Arzte bilden nach Urteil in der Regel auf Grund von Beobachtungen, die ihnen wegen der Nähe der davon verwendeten Zeit unzulänglich seien. — Abg. Treelli (Anti.) fragt über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die dem ländlichen Arbeiter oft unter ganz ungünstigen Bedingungen, die Renten verweigern. — Abg. Stadthagen (Soz.) bezeichnet es als eine empörende Unrechtigkeit, daß Arbeiter keine Rente erhielten, wenn der Unternehmer aus Notfallsigkeit es unterlassen habe, eine genügende Anzahl von Mietern zu lieben. Solche Nachlässigkeit positierten häufig auf dem Lande. Redner betont, daß dann über die den unwillverlegten Arbeitern angeblich zu Teil werdende unzureichende Behandlung — Staatssekretär Graf Voßow (s. v.) legt die Notwendigkeit dar, daß Rentenentnahmeverboten sachlich zu verbieten und zeitlich zu beschleunigen. In Fällen, wo wirtschaftlich ein Unfall im Betriebe und eine Ermessensfähigkeit vorliege, müsse unbedingt Rente gewährt werden. Aber das Simulation vornehmen, sei unverantwortbar. Ebenso, daß Renten mit unlasteten Mitteln angekreidet würden. Was die kleineren Renten anlangt, so sei die Abfindung deselben, insoweit es sich um Ausländer handle, doch eine sehr vernünftige Einrichtung. Redner fordert, daß es nun einmal, namentlich mit Rücksicht auf die Landwirtschaft, unvermeidlich, daß einzelnen noch Scharen von ausländischen Arbeitern ins Reich hereingelassen würden. Abg. Giesbert (Centr.) fordert, daß der Gedanke der Abholzung der kleinen Renten nicht vom Zentrum als solchem vertreten wird, und bedauert, daß die berufsgenossenschaftliche Lohnstatistik keine zuverlässige Lohnstatistik vorstelle, weil zuviel in den höchsten Gehaltsstufen nicht die wirklichen Höhe in Anrechnung kommen. — Abg. Dr. Mugdan (frei. B.) erklärt es für einen sehr trocken Fehler des Unfallgelegetes, daß die Berufsgenossenschaften einem Verletzten schon bei bloßer Verwundung, daß dessen Zustand noch gebrechlich wäre, die Rente entziehen oder verringern können. Stadthagen habe den Arzten vorgenommen, daß sie einen Arbeiter gar zu leicht Simulation unterstellen. Bei der Krankenversicherung machten die Sozialdemokratien den Arzten aber gerade das Gegenteil zum Vorwurf, nämlich, daß sie auch einen kranken Arbeiter als Kranken behandeln. Diese ganze Versicherungsgesetzgebung, die Arzte in eine sehr diffizile Lage gebracht. Sehr richtig! Um so notwendiger ist, daß die Versicherer das Vertrauen zu den Arzten gewinnen, daß diese nach jeder Rüttung hin unabhängig sind. — Staatssekretär Graf Voßow (s. v.) vertheidigt das Gesetz nicht mit der Reform unserer sozial-politischen Gesetzgebung. Eine Denkschrift ist in Vorbereitung, aber es besteht da noch, daß über die Werte der Reform, die Meinungen sehr verschieden sind, besonders darüber, in welcher Richtung die Krankenversicherung zu reformieren ist. Sehr viele und wichtige Gründe sprechen dafür, daß die Revision der Krankenversicherung nicht zurückstellen, sondern unbedingt bald vorzunehmen ist. — Abg. v. Strombeck (Centr.) stellt die Rechtfertigung des Reichsversicherungssamtes das Zeugnis aus, daß sie überall da, wo über den Sinn eines Gesetzesbestimmung Zweifel möglich seien, den obersten Zweck der Versicherungsgesetzgebung, nämlich die Fürsorge für die Versicherer, im Auge behalten habe. Das Kapitel Reichsversicherungssamt und verbleibende weitere Kapitel werden genehmigt. — Beim Kapitel Kanalamt erhebt Abg. Hödd (frei. Ber.) Wünsche wegen Errichtung für den Betrieb notwendiger Brücken. Aufsetzung der Aufstellungsverhältnisse von Beamten der Kanalverwaltung nimmt. — Abg. Dr. Arendt (Reichs.) erläutert die Mängel der Verkehrsverhältnisse im Kaiser-Wilhelm-Kanal und bemängelt, daß die Kanalverwaltung das Jagdrecht für einen Jagdschreit von 1½ Meter Breite in Anspruch nehme. — Staatssekretär Graf Voßow ist evident, daß sich auf diesem Streitfeld längs des Kanals Telephon- und andere wichtige Anlagen befinden. Schon deshalb könnte dort die Jagd nicht gestattet werden. In Bezug auf den Betrieb kommt er gern entgegen. Sollte der Kanal verkeert werden, so würde bei Brunsbüttel vielleicht eine Dammschleuse möglich werden. Das Kapitel Kanalamt wurde gleichfalls genehmigt. — Beim Kapitel Aufsichtsamt für Versicherungen bringt Abg. Dahlmann (Centr.) zur Sprache, daß die in Deutschland konzessionierte Gesellschaft „Newport“ Versicherungsgelder zu Spekulationen verwendet habe. — Abg. Wallermann (s. o.) warnt vor Maßnahmen, die als Begeisterung in Amerika aufgeführt werden könnten. Es sei der Glaube verbreitet, daß im Kriegsschiffen englische Gesellschaften, die in Deutschland abgeschlossenen Versicherungen nicht realisieren würden. Er glaubt nicht, daß eine Kultivierung sich auf diesen Standpunkt stelle. — Abg. Voßow (s. v.) erläutert, daß die amerikanischen Gesellschaften „Newport“ und „Newton“ sich verlost hätten, einen Teil ihrer Gelder in deutschen Staatspapieren anzulegen und eine Rantion in Deutschland zu stellen. Mit „Contable“ schwieben darüber noch Verhandlungen. Die Gesetzgebung, ob die englischen Gesellschaften verpflichtet seien, auch im Kriegsschiffen Versicherungssummen auszuzahlen, so habe er persönlich die Überzeugung — aber er sage dies mit allem

Pramanns Erbswurst!
Pramanns Suppe! * Fabrik Brotbacken!